

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نپاشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Aus: Ausgabe vom 01.09.2017, Seite 8 / Ansichten

Von Arnold Schölzel

02.09.2017

Alte Pläne

Weltfriedenstag und deutsche Kriege



Bundeswehrsoldaten auf einem Leopard-2-Panzer in Litauen am 17. Mai 2017

Foto: Ints Kalnins/REUTERS

Der Überfall des faschistischen Deutschland auf Polen heute vor 78 Jahren war das Vorspiel zum Krieg gegen die Sowjetunion. Dem hatten die Westmächte mit der Unterzeichnung des sogenannten Münchner Abkommens am 29. September 1938 de facto ihren politischen Segen erteilt. Die ersten Pläne für den »Fall Babarossa« wurden gemacht, sie wiederum waren wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg das Gründungsdokument der Bundeswehr, ja des

Staates Bundesrepublik. Eine überzogene Formulierung? Gerhard Feldbauer und Otto Köhler haben in dieser Zeitung am 3. und 4. August gezeigt, wie die ersten Generäle des neuen Staates dort weitermachten, wo sie im Faschismus angefangen hatten.

Ihre Pläne für die Hauptstoßrichtungen Moskau und Leningrad blieben eine Grundlage für die heutige Stationierung von NATO-Truppen an der russischen Grenze und die Kriegsvorbereitung durch den Militärpakt – mit deutschen Einheiten als Speerspitze. General Hans-Werner Deim, der 2015 verstorbene letzte Planungschef der NVA, erklärte 2009 in einer Rede, die in *jW* veröffentlicht wurde: »Es geht wie eh und je um die kontinentale Masse Russlands und des ganzen traditionellen Ostens sowie, immer mehr, um deren Boden-, Süßwasser- und Kohlenwasserstoffschätze«. Geographie und imperialistisches Ziel haben sich nicht geändert, neu ist ein Raumgewinn Richtung Osten für die NATO-Truppen von mehreren hundert Kilometern. Außerdem: Der Nordatlantiktakt besetzt Afghanistan und wäre in der Lage, von dort aus, so Deim, »jedes Zielobjekt auf dem Territorium der Russischen Föderation mit konventionellen Mitteln zu bekämpfen«. Aber das reicht nicht. Im vergangenen Jahr kehrte die NATO zur Politik der Drohung mit Atomwaffen gegen Russland (und China) zurück.

Donald Trump, der im Gegensatz zu den deutschen Kriegsparteien zukünftig im Afghanistan-Krieg auf Propagandaphrasen verzichten und nur noch töten lassen will, durfte solch ein Land nicht durch Abzug aufgeben – falls der jemals ernsthaft zur Debatte stand. Die Bundesregierung ist jedenfalls mit dem von ihm verkündeten unbegrenzten Krieg am Hindukusch äußerst zufrieden. Zur weiteren Beruhigung wird die Nachricht von Donnerstag beitragen, dass wesentlich mehr US-Soldaten am Hindukusch stationiert sind als bisher öffentlich eingeräumt. So auch in anderen Fällen: US-Bomber an der Grenze zu Nordkorea? Drohungen mit Krieg gegen Venezuela? Massenhafte Tötung von Zivilisten durch »Befreiung« im Irak und in Syrien? Im Berliner Regierungsviertel kein Thema, im Wahlkampf erst recht nicht. Man kann Haupt- und Nebensache unterscheiden. Sich für links haltende Zeitgenossen schwadronieren derweil über Migranten als wichtigstes Problem der Bundesrepublik – ohne deren Kriege zu erwähnen.

Es ist höchste Zeit, dass die Initiative für eine neue Entspannungspolitik gestärkt wird. Sie könnte ein erster Strich durch die Rechnung derjenigen sein, die immer noch den Wehrmachtsgenerälen folgen.